



Bern, 14. Oktober 2020

Adressaten:

die politischen Parteien  
die Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete  
die Dachverbände der Wirtschaft  
die interessierten Kreise

**Revision Grundbuchverordnung. AHVN13 im Grundbuch und landesweite Grundstücksuche: Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens**

Sehr geehrte Damen und Herren

Der Bundesrat hat am 14. Oktober 2020 das EJPD beauftragt, bei den Kantonen, den politischen Parteien, den gesamtschweizerischen Dachverbänden der Gemeinden, Städte und Berggebiete, den gesamtschweizerischen Dachverbänden der Wirtschaft und den interessierten Kreisen zur Revision der Grundbuchverordnung (AHVN13 im Grundbuch und landesweite Grundstücksuche) ein Vernehmlassungsverfahren durchzuführen.

Die Vernehmlassungsfrist dauert bis **1. Februar 2021**.

In Umsetzung von Artikel 949b ZGB (**Personenidentifikator im Grundbuch**) sollen im Grundbuch erfasste Personen künftig grundsätzlich mittels AHV-Nummer identifiziert werden. Die Vorlage konkretisiert die Vorgehensweise der Grundbuchämter bei der Zuordnung der AHV-Nummer sowie die Einzelheiten des Verfahrens. Die AHV-Nummer soll in einem besonderen Hilfsregister geführt werden, das mit dem jeweiligen Grundbucheintrag in Bezug gesetzt ist. Die AHV-Nummer wird öffentlich nicht sichtbar sein.

Das zweite Anliegen der Vorlage betrifft die **landesweite Grundstücksuche** nach Artikel 949c ZGB. Diese gewährt berechtigten Behörden zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgabe Zugang zur Information, ob und welche Rechte einer bestimmten Person an Grundstücken zustehen. Die Vorlage umfasst im Wesentlichen den Gegenstand der Suche, die Berechtigung zur Suche, den Detaillierungsgrad der abgerufenen Informationen sowie die Organisation des Dienstes für die landesweite Grundstücksuche (Grundstücksuchdienst). So werden etwa keine vollständigen Grundbuchauszüge abgerufen werden können. Der Grundstücksuchdienst soll durch den Bund betrieben und mittels Gebühren finanziert werden.

Die Vernehmlassungsunterlagen können bezogen werden über die Internetadresse:  
<http://www.admin.ch/ch/d/gg/pc/pendent.html>.



Wir sind bestrebt, die Dokumente im Sinne des Behindertengleichstellungsgesetzes (BehiG; SR 151.3) barrierefrei zu publizieren. Wir ersuchen Sie daher, Ihre Stellungnahmen, wenn möglich, elektronisch (**bitte nebst einer PDF-Version auch eine Word-Version**) innert der Vernehmlassungsfrist an folgende E-Mail-Adresse zu senden:

[egba@bj.admin.ch](mailto:egba@bj.admin.ch).

Wir bitten Sie, Name und Kontaktdaten der Person anzugeben, an die wir uns bei Fragen wenden können.

Für Rückfragen und allfällige Informationen stehen Ihnen Frau Rahel Müller, Vorsteherin Eidgenössisches Amt für Grundbuch- und Bodenrecht EGBA (Tel. 058 465 00 79) und Herr Francesco Macrì, Wissenschaftlicher Mitarbeiter Eidgenössisches Amt für Grundbuch- und Bodenrecht EGBA (Tel. 058 462 41 76) zur Verfügung.

Wir danken Ihnen im Voraus für Ihre Stellungnahme.

Mit besten Grüßen

Karin Keller-Sutter  
Bundesrätin